Nr. 87 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 30. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 18 8 20, 18 8 30, 18 8 97, 17 1 08. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2068. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 32 mm breit, M. 1,40, für das Ausland M. 12,—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6,—, mit Platzvorschrift M. 6,—, für das Ausland M. 20,—. Bei Bilder- oder Ausschlag 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2,75, vierteljährlich M. 8,25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2,75, vierteljährlich M. 8,25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1,40, nach dem Auslande wöchentlich M. 1,—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Programmrede des neuen Reichskanzlers

Der Rote Schrecken in Westfalen

Von unserm Sonderberichterstatter

Hagen, 26. März

„Der bolschewistische Aufstand im Ruhrgebiet ist nicht unvermutet losgebrochen. Schon seit einem halben Jahr war alles vorbereitet: die Stoßtruppen und ihre Führer waren bestimmt, heimliche Waffenlager waren vorhanden. Es fehlte nur an einer zugkräftigen Parole, die auch die — für den Anfang notwendige! — Mithilfe der Mehrheitssozialisten sicherte. Und dieses Mittel schaffte die „Kappiade". In einer Woche ist fast ganz Westfalen und vor allem das so wichtige Ruhrgebiet nebst dem angrenzenden rheinischen Industrierevier in die Hände der Bolschewisten geraten. Eine Stadt nach der andern fiel ihnen zu, nachdem die der alten Regierung Ebert-Bauer loyalen Einwohner- und Sicherheitswehren entweder entwaffnet oder niedergemacht wurden. Heute geben selbst sozialdemokratische Blätter zu, daß es gar nicht notwendig gewesen sei, die Blutbäder in Dortmund, Essen (wo an 500 Menschen niedergestreckt wurden), Remscheid anzurichten, es seien „Mißverständnisse" gewesen. Fest steht, daß die Spartakisten den Kampf wollten, um mehr Waffen zu erhalten, um mehr noch das Volk aufzupeitschen. Und das gelang ihnen. In acht Tagen wurde eine „Volkswehr" aufgestellt von mehr als 100 000 Mann, gut versehen mit Gewehren, Maschinengewehren, selbst Geschützen. (Daher die Anzettelung des Blutbades in Essen, wo, wie auch an andern Orten, ganz entsetzliche Greueltaten verübt wurden.)

In allen Städten wurden sofort „Arbeiterräte", „Vollzugsräte", „Aktionsausschüsse" gebildet die die tatsächliche Macht übernahmen. Zuerst gehörten, wenigstens in einigen Städten, auch Leute aus den nichtsozialistischen Gewerkschaften zu ihnen, aber bald schieden sie aus, auch die Mehrheitssozialisten wurden verdrängt, und heute sind nur noch U. S. P. und K. P. D. im Besitze der Macht. Sie üben sie rücksichtslos aus. Im Landkreise Bochum werden sogar Gestellungsbefehle an Bergleute ausgehändigt auf Befehl der „Zentrale" in Hagen, wo der Generalstab der Roten Armee sich befindet. Es sind zwangsweise eine ganze Anzahl Personen in die Rote Armee eingereiht worden. Diese ist straff organisiert nach russischem Muster, an hundert Sowjet-Offiziere sollen darin sein. Der Rote Generalstab gibt nur Siegesberichte heraus. Die leichte Bewältigung kleiner Truppenteile durch zwanzigfache Uebermacht, im Straßenkampfe, hat die Kommunistenarmee übermütig gemacht.

Angeblich wollen die Roten nun Münster nehmen. Hunderttausend Mann wollen sie dafür ansetzen. Sie haben noch Munition und Gewehre, aber ihre Artillerie ist zu schwach. In Vorkämpfen bei Dünnen, Selm, Datteln, Haltern haben die Roten schwere Verluste gehabt, obwohl ihnen nur kleine Vorposten gegenüberstanden. Dafür rächen sich die bewaffneten Banden. Sie plündern die Bauernhöfe des Münsterlandes, und der Rote Schrecken ist es, vor dem das „Land der roten Erde" zittert.

Die Zeitungen und Depeschenbureaus stehen unter strengster Zensur der Vollzugsräte. Sie dürfen nur Siegesnachrichten der Roten bringen, dürfen nicht den Bolschewismus tadeln, dürfen nicht schreiben, daß Holland jede Abgabe von Lebensmitteln weigert, daß die Hungersnot in einer Woche da ist, dürfen nicht sagen, daß die Entente nichts wissen will vom deutschen Bolschewismus. Das arme, betrogene, belogene, unsagbar verhetzte Volk, das nicht die dunklen Pläne der Spartakisten gleich durchschaute, würde trotz dem Terror den Spartakisten die Gefolgschaft versagen. Mögen sie es abstreiten, daß sie nicht die Räterepublik wollten, tatsächlich ist sie da. Sie unterdrückt selbst mehrheitssozialistische Blätter, die sich an dem ungeheuren Volksbetrug nicht beteiligen wollen. Sie wollen, daß die Bielefelder Verhandlungen nicht zu einer Verständigung führen, dem Waffenstillstand soll nicht der Friede, soll der Kampf folgen. Denn das bewaffnete „Proletariat" will auf keinen Fall die Waffen ausliefern, will durch Terror herrschen.

Inzwischen hat — eigentlich sehr spät — die Regierung dem General v. Watter die notwendigen Truppen zur Verfügung gestellt, um zu verhindern, daß auch das nördliche Münsterland, das östliche Westfalen der westdeutschen Sowjetrepublik einverleibt wird. Nun stellt v. Watter den Revolutionären eine Armee entgegen, die, kriegsmäßig ausgerüstet mit Flugzeugen, Schnellfeuergeschützen, Panzerwagen, Flammenwerfern usw., an Zahl der Roten Armee nicht viel nachgibt. Kommt es zu keiner Verständigung, setzt verwegen die Rote Armee ihre Angriffe auf Wesel und den Vormarsch auf Münster fort, dann kommt es zu einer Schlacht, die schrecklicher sein wird, als je eine im Kriege. Denn daß das Armeekommando alles tun wird, um den Gegnern eine entscheidende Niederlage beizubringen, ist verständlich. Geben die Arbeiterbataillone die Waffen nicht ab, wollen sie weiter kämpfen, bleibt nichts übrig als größte Rücksichtslosigkeit, denn es handelt sich um Sein oder Nichtsein des Verfassungsstaates.

Derweil macht sich in den Großstädten die Not immer fühlbarer. Der Süden schickt kein Vieh mehr, der Osten kein Getreide und keine Kartoffeln. Holland und das besetzte Gebiet sind hermetisch verschlossen. Das Ruhrgebiet gleicht einer belagerten Festung, alle Ausfälle der Roten Armee können die schließliche Niederlage des Bolschewistentums nicht abwenden. Ist dieser Untergang der inoffiziellen Räterepublik gewaltsam, dann stehen dem schwergeprüften Industriegebiet noch Tage des Schreckens bevor. Sollte nicht zuletzt doch die Vernunft die Oberhand gewinnen über alle Verhetzung und alle Hirngespinste?

*

Der Aufmarsch der Reichswehrtruppen

Münster, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichswehrtruppen sind für Dienstagmittag 1 Uhr zum Abmarsch in das Ruhrgebiet in Bereitschaft gestellt. Auch bei Hamm stehen Truppen zum Einmarsch in das Aufstandsgebiet. Man schätzt die Stärke der Regierungstruppen auf 40 000 Mann. Die Frontlage zwischen der Roten Armee und den Regierungstruppen war am Sonnabend unverändert.

Hannover, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Ueber Hannover und Hildesheim sind gestern neue Truppentransporte nach Westfalen abgegangen. Aus Hagen wird gemeldet, daß die Gewerkschaften die Proklamation des Generalstreiks im Ruhrgebiet für den Fall des Einrückens der Regierungstruppen nicht aussprechen wollen. Infolgedessen wurde von den revolutionären Betriebsräten ein Generalstreikkomitee für das Ruhrgebiet gebildet, dem gesetzliche Vollmachten vom Roten Zentralrat übertragen wurden.

*

Erfolge der Reichswehrtruppen vor Wesel

* Münster, 29. März. Nach einer Meldung aus Wesel haben die dort in schwerem Kampf stehenden, durch bayrische Truppen verstärkten Reichswehrtruppen der Division Lovisch Sonnabend die Rote Armee südlich von Wesel weiter zurückgeschlagen, so daß der Ort Friedrichsfeld von ihnen gesäubert worden ist. Die feindliche Artillerie wurde zum Teil erbeutet und die ganze Linie so weit zurückgedrängt, daß eine weitere Beschießung Wesels nicht mehr zu befürchten ist.

+ Essen, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage im Industriebezirk war gestern und heute im allgemeinen ruhig. Nur bei Wesel fanden noch Kämpfe statt. Es besteht aber auch Neigung, diese Kämpfe abzubrechen.

*

Eine letzte Frist für die Empörer

WTB. Berlin, 28. März

Die Reichsregierung hat an die Aufständischen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier folgende Forderung gestellt:

Die Regierung hat durch die „Bielefelder Verhandlung" versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die Rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit größter Heftigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen wurden nicht freigegeben, die Abgabe der Waffen nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Notschreie aus allen Kreisen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den Roten Truppen begangen werden. Das zwingt die Regierung zum endgültigen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen. Um aber allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März 12 Uhr mittags eine ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Wehrkreises VI, Generalleutnant v. Watter in Münster, für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Kapp-Lüttwitz-Regierung belastet sind.
3. Sofortige Auflösung der Roten Armee.
4. Völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich Einwohnerwehren unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden. Sofortige Freigabe der Gefangenen.

Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen.

Andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur vollen Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

Berlin, den 28. März 1920

Die Reichsregierung

Der Reichskanzler gez. Müller — Der Reichswehrminister gez. Geßler

*

Die Haltung der Unbelehrbaren

Berlin, 29. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Duisburg und Dortmund erläßt der Rote Zentralrat für das Ruhrrevier in Gemeinschaft mit den Vollzugsräten die Aufforderung an die Roten Truppen, die Waffen nicht niederzulegen, solange nicht die Reichsregierung Garantien für den Fortbestand der Arbeiterbewaffnung gegeben habe. Die Vollzugsräte sind angewiesen, die öffentlichen Kassen soweit mit Beschlag zu belegen, als der Sold für die Roten Truppen erforderlich mache.

Köln, 29. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Rote Vollzugsrat in Duisburg teilte am Sonntag durch Anschlag mit, daß er im Falle eines Vormarsches der Regierungstruppen auf Duisburg Bürger als Geiseln festnehmen werde. Das Verlassen Duisburgs ist nur mit Genehmigung des Vollzugsrates erlaubt.

* Essen, 29. März. Die Vollzugsräte Mülheim und Duisburg treten nach wie vor auf das radikalste für Weiterführung des Kampfes ein.

Die Rote Armee zu Verhandlungen bereit?

+ Essen, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Gestern hat die Rote Armee erklärt, mit dem Vertreter der Regierung, Severing, in Verhandlungen eintreten zu wollen. Diese sollen in Mülheim a. d. Ruhr stattfinden.

* Hagen i. W., 29. März. Sonnabend haben in Remscheid, Lüdenscheid und Iserlohn Versammlungen der Arbeiterparteien stattgefunden. Hierbei kam es zu einer einmütigen Verurteilung der Diktatur. Der Mülheimer Zentralausschuß hat festgestellt, daß die Diktatur keine der drei Arbeiterparteien hinter sich habe.

*

Foch erhält Vollmachten

Rotterdam, 29. März. (Eig. Drahtbericht.) Eine Reuter-Depesche von gestern meldet: Die alliierten Kabinette haben Marschall Foch die Ermächtigung erteilt, gegen die Bewaffnung der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet, die dem Versailler Friedensvertrag zuwiderlaufe, die im Versailler Vertrag vorgesehenen Sicherungen zu ergreifen. Eine Anordnung zum Einmarsch in die neutrale Zone behalten sich die Alliierten vor.

*

Ein Regierungs-Ultimatum an die Rote Armee

Die Beschießung der Stadt Wesel durch Artillerie der Roten Armee hat der Reichsregierung den Anlaß gegeben, dieser ein befristetes Ultimatum zu stellen, das am 30. März mittags 12 Uhr abläuft. Die Beweggründe zu dieser energischen Maßnahme liegen in der Unmöglichkeit der Regierung, sich das für ihre Beruhigungsaktion im Lande notwendige Ansehen und Vertrauen zu verschaffen, solange bolschewistische Freischaren auf eigene Faust Krieg führen und die gedeihliche Entwicklung von Handel und Verkehr ungestraft stören. Die Regierung läßt sich aber nicht nur von dem Gedanken leiten, daß es neben einer zentralen Kriegsgewalt in Berlin nicht eine auf eigene Verantwortung vorgehende Nebenstelle in Westfalen und im Rheinland geben kann, sondern sie erkennt auch, daß ein energisches Vorgehen gegen den Roten Terror, der jede vernünftige Verwaltungstätigkeit ausschließt, schon deshalb geboten ist, weil die Entente zur Erzwingung unserer vertraglichen Verpflichtungen im Begriff ist, Truppen im Ruhrrevier einrücken zu lassen. Sie weiß ferner, daß eine Besetzung des rheinischen Industrie-Gebiets und Kohlen-Reviers ein gefährliches Experiment und daß es wesentlich leichter ist, die Rote Armee zur Vernunft zu bringen, als Foch aus Essen wieder herauszukomplimentieren. Man kann es deshalb nur billigen, wenn die Bedingungen für die Aufständischen so ausgefallen sind, daß ihre Erfüllung die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung und der staatlichen Einheit sichert. Grundbedingung ist, daß die Rote Armee aufgelöst und die gesamte Bevölkerung einschließlich der Einwohnerwehren entwaffnet wird. Die den Gewerkschaften und sonstigen Interessenvertretungen der Beamten und Angestellten in den neun Berliner Punkten gegebenen Versprechungen bleiben dadurch natürlich unberührt. Unter diesen stillschweigenden Voraussetzungen werden die Roten Aufständischen kapitulieren müssen und es wäre sehr wünschenswert, wenn die Leitung dieser Irregeführten rechtzeitig zur Besinnung käme; denn sie wird sich nicht verhehlen dürfen, daß die Drohung der Reichsregierung in zwölfter Stunde, den Befehlshaber General v. Watter mit der Freiheit des Handelns zur vollen Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände auszustatten, durch hinreichende Machtmittel unterstützt wird.

*

Hauptmann v. Beerfelde

sollte, wie in Berichten aus dem Ruhrgebiet zu lesen war, an den Kämpfen, und zwar als ein Führer der Roten Armee beteiligt sein. Dazu teilt nun sein Berliner Rechtsbeistand der Presse mit, daß alle derartigen Meldungen auf dreister Erfindung beruhen. Hauptmann v. Beerfelde befindet sich seit etwa drei Wochen lediglich zwecks Erledigung privater Angelegenheiten in Berlin und ist hier polizeilich angemeldet, er hat sich seit seiner Rückkehr aus dem Felde (im Jahre 1917) an irgendwelchen Unternehmungen militärischer Art weder durch Rat noch Tat irgendwie beteiligt, da er grundsätzlich jede Gewalthandlung im politischen Kampfe verwirft. Er hat sich aber auch vom politischen Kampfe seit Jahr und Tag zurückgezogen und widmet sich, nachdem er in Heppenheim an der Bergstraße für sich und seine Familie einen Wohnsitz gefunden hat, nur mehr privater Betätigung. Hauptmann v. Beerfelde fühlt sich durch die Verbreitung von Gerüchten über seine Beteiligung an Gewalttätigkeiten aufs tiefste verletzt und hat seinen Rechtsbeistand beauftragt, künftig gegen jeden strafrechtlich einzuschreiten, der Behauptungen über seine Beteiligung an Gewalttätigkeiten irgendwelcher Art aufstellt oder verbreitet.

Lebensmittelunruhen in Graz

Graz, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Die mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln hat neuerdings zu stürmischen Auftritten der Bevölkerung geführt. Arbeitermassen zogen zur Landesregierung, um Abhilfe zu erzwingen. Als die Regierung nur eine Abordnung von Vertrauensmännern empfangen wollte, erhoben die Massen dagegen Einspruch und erzwangen sich mit Gewalt den Eintritt in das Regierungsgebäude. In dem allgemeinen Tumult wurde der Landeshauptmannstellvertreter und auch sozialdemokratische Landräte, die die Abordnung empfangen hatten, mißhandelt. Mit vieler Mühe konnte die Ruhe einigermaßen hergestellt werden, nachdem den Arbeitern eine Besserung der Ernährung zugesagt wurde.

Deutsche Nationalversammlung

156. Sitzung

b. Berlin, 29. März. (Eig. Drahtbericht)

Das Ministerium ist vollzählig erschienen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten. Er erbittet die Ermächtigung, der Stadt Stuttgart für die freundliche Aufnahme der Nationalversammlung deren herzlichen Dank aussprechen zu dürfen. (Beifall.)

Der Oberreichsanwalt ersucht um die Genehmigung zur rechtlichen Verfolgung des Abg. Traub wegen Hochverrates. Der Antrag wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Reichskanzler Müller:

Nachdem am 26. März der Rücktritt des Kabinetts erfolgt war, hat der Reichspräsident mich mit der Neubildung beauftragt. Ich habe nun die Ehre, dem hohen Hause die neue Regierung vorzustellen. Sie wird getragen von den gleichen Parteien, die in der Nationalversammlung sich zu einer Koalition vereinigt haben. Wir halten diese Koalition für den einzig tragfähigen Boden einer deutschen Politik. (Lebhafter Beifall.) An ihrer Erhaltung ist das ganze deutsche Volk mit seiner Existenz und mit seiner Zukunft interessiert.

Der Reichskanzler verliest dann die Ministerliste und hebt besonders hervor, daß das Auswärtige Amt auch bald einen eigenen Minister erhalten wird. Er gedenkt dann des bisherigen Reichskanzlers Bauer und spricht ihm herzlichen Dank für seine Tätigkeit zum Wohle des Volkes aus. (Lebhafter Beifall.)

„Die vornehmste Pflicht der neugestalteten Regierung wird sein, bis zu den Wahlen die Demokratie, die eben im Kampfe mit den reaktionären Putschisten und der Militärdiktatur sich als die stärkste Gewalt erwiesen hat, noch tiefer in die öffentlichen Einrichtungen der Republik hineinzufügen und zu befestigen. (Beifall.) Wer mit Kapp und Genossen, sei es bei den Behörden oder in der Reichswehr, gemeinsame Sache gemacht hat, der muß verschwinden. (Beifall.) Eidbrüchige haben keine Schonung zu erwarten. Mit eisernem Besen muß ausgekehrt werden. (Lebhafter Beifall. Zuruf: Aber recht schnell!) An die Stelle der Ausgemerzten müssen Männer treten, denen es mit dem Dienst für die Republik Ernst ist. Es muß eine Demokratisierung der Verwaltung eintreten unter voller Wahrung der Rechte der verfassungstreuen Beamten. Notwendig ist die Auflösung ungetreuer Heeresformationen und an ihrer Stelle die Schaffung neuer Verbände, die als eine wahrhafte Volkswehr unter Berücksichtigung aller Berufe gelten können, besonders unter ausreichender Beteiligung der Organisationen der schaffenden Stände. Das müssen die großen zu lösenden Aufgaben sein. Wir werden sie rücksichtslos und rasch durchführen. (Beifall.)

Eine Demokratie ohne Demokraten

ist eine innerpolitische und außenpolitische Gefahr. Daß wir eine Demokratie sind, das hat das rasche Ende des Kapp-Putsches bewiesen. Nun wollen und müssen wir die Demokraten überall in die entscheidenden Stellen bringen. Daneben muß das Werk der wirtschaftlichen Demokratie zu Ende geführt werden. Sobald der Unterbau fertiggestellt ist, kann der Reichswirtschaftsrat und der Reichsarbeiterrat in Tätigkeit treten. Der Ausbau der sozialen Gesetzgebung ist dringend geboten. Ein Schlichtungsgesetz ist vorbereitet. Eine großzügige Durchführung der Fürsorge für die Kriegsopfer ist heiligste Pflicht. Ein Versorgungsgesetz für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene ist zur Vorlage im Kabinett fertiggestellt. Volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung für Arbeiter, Angestellte und Beamte muß geschaffen werden. Ein Arbeiter- und Beamtenrat muß schnellstens durchgeführt werden. Er muß freiheitlich und sozial ausgestaltet werden. Verwaltungsreform und Reform der Beamtenbesoldung muß ihren gesetzlichen Ausdruck finden. Bergwerke und Werke zur Erzeugung der Energie sind in öffentliche Bewirtschaftung oder unter staatliche Kontrolle zu nehmen. Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist bereits gesetzlich festgelegt. Die Beteiligung des Reiches am Kohlenbergwerk ist vorgesehen. Der nächste Schritt ist die Uebernahme des Kohlen- und Kalisyndikats. In der Landwirtschaft muß die Parole sein, wenn sie für und mit den Erwerbsständen arbeiten will:

Für Schieber und Wucherer wird kein Platz sein

(Lachen rechts und lebhafte Zurufe.) Lachen Sie nicht, es ist uns damit sehr Ernst. (Rufe rechts: Da lacht ja alles! Es ist ja lächerlich! Gegenrufe links: Eidbrecher!) Die neue Regierung übernimmt das Programm der alten. Ihre Arbeiten bedeuten keinen Bruch mit der Vergangenheit. Das Wichtigste aus ihrem umfangreichen Arbeitsprogramm wird bald erledigt werden können. Das hoffen wir, trotzdem die Arbeiten der Nationalversammlung frühzeitig abgebrochen werden müssen, weil nach dem Streich der Kapp und Genossen das Volk schleunige Abrechnung verlangt. Unser Ziel ist weiter loyale Erfüllung des Friedensvertrages, Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens und der Gemeinsamkeit zwischen den Völkern, Heranholung aller Hilfskräfte für den Wiederaufbau. Außenpolitisch bleibt unser Kurs derselbe, weil er sich bewährt hat. Von der Rechten ist auch bei verschiedenen Gelegenheiten anerkannt worden, gegen die rücksichtslos einsetzende Macht der Entente und [illegible]